

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei einer Lieferung von 100 Exemplaren 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition 1920 abwärts 2.50 M. für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter in Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 1.50 M., für das übrige Ausland 2.50 M. jährlich. Postamtlich aufschlag per Viertel für Deutschland und Österreich 50.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin W 22, G. Schiffbauerdamm 19111. Fernsprecher: Amt Norden 933-36 und 9769.

Die angeführten Preispunkte sind für den Raum 1.-11. M. einschließlich. Der Bezugspreis beträgt bei einer Lieferung von 100 Exemplaren 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition 1920 abwärts 2.50 M. für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter in Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 1.50 M., für das übrige Ausland 2.50 M. jährlich. Postamtlich aufschlag per Viertel für Deutschland und Österreich 50.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin W 22, G. Schiffbauerdamm 19111. Fernsprecher: Amt Norden 933-36 und 9769.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zwei Noten zur Entwaffnungsfrage.

Es bleibt bei 100000 Mann

Der französische Botschafter für Deutschland.

Bei der deutschen Regierung sind zur Entwaffnungsfrage zwei Noten eingegangen, eine vom Präsidenten der Friedenskonferenz und eine vom Obersten Rat. Die Note des Obersten Rates ist eine Ergänzung der Note des Präsidenten der Friedenskonferenz. Die Forderungen der Noten decken sich ungefähr mit dem, was die französische Presse bereits während der letzten Zeit hierüber zum Ausdruck brachte. Es wird grundsätzlich die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann gefordert. Zugestanden wird eine lokal organisierte Polizei.

Die französische Regierung hat bei der deutschen Regierung das Agrement für Charles Laurent, den für Berlin bestimmten französischen Botschafter eingefordert. Das Agrement ist bereits erteilt worden.

Eine Polizeitruppe von 150 000 Mann für Deutschland.

H. N. Brüssel, 24. Juni.

Nach Angaben der belgischen Minister hat die Voulgner Konferenz beschlossen, Deutschland zu gestatten, regionale Polizeitruppen in Höhe von 150 000 Mann zu unterhalten.

Die Vorbereitungen für Spa.

H. N. Brüssel, 24. Juni.

Die vorbereitende Konferenz wird am 2. 3. und 4. Juli in Brüssel abgehalten werden. Es werden daran beteiligt sein: Frankreich, Italien, Japan und Belgien. Es wurde bereits ein Sachverständigenausschuss ernannt, der den Projekt feststellen soll, den jeder der Alliierten zu erhalten wünscht. Der Bericht wird dann geprüft werden. Die Spaer Konferenz selbst beginnt am 5. Juli im Laufe des Nachmittags. Ein Sonderzug wird die Abgeordneten um diese Zeit nach Spa bringen, wo die Deutschen etwa auch dann ankommen sollen. Auch die griechischen, griechischen und rumänischen Abgeordneten werden kommen, jedoch nur an den Beratungen über die Angelegenheiten ihrer eigenen Länder teilnehmen dürfen.

Deutschland soll selbst Vorschläge machen.

London, 24. Juni

Der Sonderberichterstatter der „Daily News“ in Voulgner erklärt, daß die vorliegenden Vorschläge viel dazu beigetragen haben, die Mißverständnisse zwischen Frankreich und England aus dem Wege zu räumen. Millerand habe in Voulgner deutlich auseinandergesetzt, daß er in keiner Angelegenheit von wesentlicher Bedeutung Meinungsverschiedenheiten mit Lloyd George oder Sforza gehabt habe.

Zur Frage des Schadenersatzes führt er aus, es sei ein Betrag nach den Gesichtspunkten festgesetzt worden, daß die Alliierten von Deutschland haben müßten, was Deutschland ihnen zahlen könne. Es sei nicht die Absicht der Alliierten und sei auch niemals ihre Absicht gewesen — die deutschen Vertreter nach Spa zu entlassen, damit sie dort Forderungen stellen oder jener Summe in Empfang nehmen. In San Remo sei beschlossen worden, die Deutschen zu ersuchen, in Spa eigene Vorschläge vorzubringen und bei der Besprechung in Voulgner habe sich nichts ergeben, was den Eindruck erwecken könnte, als ob man von dieser Absicht abgehen solle. Der Korrespondent sagt dann er sei zu der Erklärung ermächtigt, daß, wenn die Deutschen Vorschläge zu machen hätten, sie die Freiheit haben sollten, sich mit den Alliierten auszusetzen zu können. Man müsse den Gedanken zurückweisen, daß den Deutschen in Spa eine unänderliche Forderung vorgelegt werden, und ferner müsse darauf hingewiesen werden, daß die wichtigsten Punkte der jetzigen Vorschläge in der Ausschreibung einer Anleihe gipfeln, von der ein Teil zur Hilfeleistung an Deutschland verwendet werden soll.

Keine Anerkennung der Sowjetrepublik?

T. U. London, 24. Juni.

In einer offiziellen Mitteilung über die Verhandlungen mit Krassin heißt es, die Verhandlungen würden fortgesetzt, aber es sei kein Grund zu einer politischen Anerkennung der Sowjetregierung vorhanden. Die nächste Sitzung

zwischen dem Obersten Rat und Krassin werde noch vor Ende dieser Woche stattfinden.

Vom Krisen-Schauplatz.

Es steht fest, daß der heute zusammentretende Reichstag keine neue Regierung vorfinden wird. Die Verhandlungen werden inzwischen weitergeführt. Allgemein geht die Annahme dahin, daß die Regierung der Mitte zustande kommen wird. Aus den verschiedenen Preßstimmen läßt sich entnehmen, daß die Schwierigkeiten, die vorgezogen angeblich noch unüberwindlich waren, die Regierungsbildung kaum noch verhindern werden. Wir geben nachstehend das Wesentliche aus den Äußerungen der Blätter wieder:

Die man aus dem „Vorwärts“ erfährt, liegt es durchaus nicht in der Absicht der rechtssozialistischen Fraktion, die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte durch irgendwelche taktischen Kreuz- und Quersprünge zu verhindern. Taktische Meinungsverschiedenheiten hätten nur die Mittel betreffen, aber nicht den Zweck. Zudem die Demokraten sich auf Forderungen verstehen, deren Ablehnung durch die rechtssozialistische Fraktion vorzuziehen war, hätten sie sich selber künstliche Hindernisse geschaffen. Noch harter Beseitigung wäre der Weg für sie wieder frei. Es sei utopisch, von einer Partei, die sich an der Regierung nicht beteilige, ein positives Handeln zu beten Gunsten zu verlangen; das Höchste, was gefordert werden dürfte, könnte doch nur ein Unterlassen sein. Die Rechtssozialisten würden es also unterlassen, der neuen Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen, sofern ihre Zusammensetzung und ihr Programm dem entsprechen, was bisher darüber bekannt geworden sei.

Präsident Fehrenbach ist an die Bayerische Volkspartei, die gestern eine Sitzung abhielt, herangetreten, um sie zum Eintritt in die Koalition zu veranlassen. Sollte der bayerische Woch der Mitte zustandekommen, so will sich die Bayerische Volkspartei diesem anschließen, allerdings nicht dann, wenn sie nur aus zwei bürgerlichen Parteien bestehen sollte. Es ist ihr zugesagt worden, daß sie einen Minister stellen solle. Der „Lokal-Anzeiger“ erfährt aus Kreisen der Deutschen Volkspartei, daß dort gestern Nachmittag die endgültigen Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft stattgefunden hätten. Die Besprechungen seien nach der sachlichen und persönlichen Seite für die Volkspartei durchaus zufriedenstellend verlaufen. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande komme und daß es sich am Montag dem Reichstag werde vorstellen können.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt Grund zur Annahme zu haben, daß die Sozialdemokratie vorher öffentlich keine offizielle Erklärung über ihr Verhalten bei der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag abgeben werde, aber sie werde voraussichtlich durch persönliche Fühlungnahme die entscheidenden Faktoren von ihrem definitiven Schritte unterrichten und so Herrn Fehrenbach die Möglichkeit geben, das Kabinett bei einem wohlwollenden neutralen Verhalten der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Gestern abend noch habe Fehrenbach geäußert, daß er die Hoffnung auf die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Mittelparteien noch keineswegs aufgegeben habe.

Das Spiegelmärchen des Staatskommissars.

Von dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Victor Kopp, erhalten wir folgende Aufzählung:

Unter dem aufsehenerregenden Titel „Die bolschewistische Nebenregierung in Berlin“ bringt die Abendausgabe der „Täglicher Rundschau“ vom 22. d. M. ein Schauerstück über eine angeblich unter meiner Leitung stattgefundenen unabhängigen-kommunistischen Konferenz. In dieser Meldung ist kein einziges Wort wahr. Die Güte der Quellen, aus der diese und ähnliche Meldungen fließen, ergibt sich schon aus dem Umstande, daß meine Wohnung in Anhalterstraße, in der diese angebliche Konferenz vor einigen Tagen, jedenfalls nach den Wahlen, gelangt haben soll, von mir bereits seit dem 1. Mai aufgegeben ist.

Ich weiß nicht, ob dieser Hinweis, der die ganze Meldung als eine nachlässig angefertigte Spiegelmärchen enttüllt, genügen wird, um die Behauptung, daß diese Meldung gebracht und verbreitet haben, zum Eingeständnis zu bringen, daß sie in unverantwortlicher Weise irreführend worden sind. Die breite deutsche Öffentlichkeit, die bereits mehrmals ihren unabweislichen Willen kundgegeben hat, mit dem russischen Volke in Frieden und Arbeitsgemeinschaft zu leben, mag aber entscheiden, wessen Wünsche durch Erfüllung und Verbreitung solcher Nachrichten in Erfüllung besorgt werden.

Verdachtungsprotokoll

B. Kopp.

Wirtschaftskrise.

B. A. Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Krise innerhalb der deutschen Wirtschaft, deren Umfang und Ausdehnung wir vorläufig nur abzuschätzen in der Lage sind, dürfen wir keinesfalls die Einwirkung der ausländischen Verhältnisse außer acht lassen, da diese einen sehr wesentlichen Anteil an den bei uns herrschenden Krisenerscheinungen haben. Das Ende des Krieges war überall gekennzeichnet durch einen heftigen Kaufstau, der nach über vier Jahren Rationierung und Einschränkung verständlich geworden ist, wenn er auch volkswirtschaftlich angesehen durchaus nicht wünschenswert sein konnte. Dieser Kaufstau wurde ermöglicht durch die verhältnismäßig beträchtliche Kaufkraft der bestehenden Schichten sowie eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft und des Mittelstandes. Gefördert wurde er aber in besonderem Maße durch die gleichzeitige ständige Verschlechterung der Saluta in fast allen am Kriege beteiligten gewesenen Ländern und die dadurch begünstigte rasche Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. In den Ländern mit besonders krasser Verringerung des Geldwertes — Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Italien — steigerte sich dieser Warenhunger in Verbindung mit der Flucht vor dem Gelde, dessen gänzliche Entwertung man befürchtete, so daß der Erwerb von Gütern in zahlreichen Schichten der Bevölkerung zu einer spekulativen Sicherung der Vermögenswerte wurde.

Wenn im normalen Wirtschaftsleben eine erhöhte Nachfrage nach Waren irgendeiner Art vorhanden ist, so wird im allgemeinen — falls es sich nicht um Erzeugnisse handelt, deren Vermehrung unmöglich ist — eine sofortige Steigerung der Produktion einsehen, das Kapital wird sich diesem Zwecke zuzuwenden, neue Produktionsstätten errichten und in kurzer Zeit wird ein genügend großes Angebot vorliegen, das den Ausgleich herbeiführt, eventuell sogar eine relative Ueberproduktion ergibt.

Dieser Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage war aber in dem Stadium der Entwicklung, das wir seit dem Ende des Krieges durchlebt haben, nicht möglich. Die Erzeugung innerhalb der gesamten Wirtschaft war infolge des Mangels an Rohmaterialien, Betriebsstoffen (Stohlen usw.), Maschinen und Transportmitteln nicht so feigerungsfähig wie es vor dem Kriege der Fall gewesen ist, und aus diesem Grunde mußte der Ausgleich innerhalb des kapitalistischen Systems in einer anderen Form erfolgen. Wenn das Quantum verfügbarer Güter nicht ausreicht, um den Bedarf der gesamten Gesellschaft voll zu befriedigen, eine Erhöhung dieser Menge aber in demselben Zeitpunkt aus irgend welchen Gründen nicht möglich ist, dann gibt es theoretisch zwei Wege, die Verteilung zu ordnen. Der eine — wir wollen ihn als den sozial-ethischen kennzeichnen — führt zu einer Verringerung des auf jeden einzelnen entfallenden Anteiles, er sucht eine gerechte, möglichst gleichmäßige Verjüngung herbeizuführen und erfolgt unter dem Gesichtspunkte menschlicher Solidarität; oder dem des „Durchhaltens“, wie wir ihn in der deutschen Kriegswirtschaft finden. Der andere — kapitalistische — verengert durch Preissteigerung den Kreis der Menschen, die an diesen Gütern Anteil zu erwerben vermögen. Er sichert den Besitzenden ihren uneingeschränkten Verbrauch auf Kosten der großen, notleidenden Masse, die er entweder waldürftig oder so unzureichend versorgt, daß ein Teil der Menschen — wie wir es in allen Teilen der Welt, besonders im Erzgebirge, Deutsch-Oesterreich, Polen usw. schauernd erlebt haben — auf das elendeste zugrunde geht.

Je kleiner die Zahl der Menschen wird, die instande sind, die hohen Preise zu bezahlen und die verfügbaren Waren für sich zu erwerben, desto größer wird das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Bedarf bei den arbeitenden Massen, d. h. desto weniger kann selbst mit nominal erhöhten Einkommen gekauft werden. Wird die Preissteigerung so bedeutend, daß der Umkreis der Käufer schließlich sich derart verkleinert, daß die Produktion nicht mehr platten Absatz findet, so muß sich zunächst ein Stoden des Verkaufes und eine daraus folgende Senkung der Preise ergeben. Tritt diese Senkung der Preise in Erscheinung, resp. wird sie wie bei uns durch eine allseitigere Gestaltung der Saluta beschleunigt und ist tatsächlich — wie es zur Zeit anscheinend in der ganzen Welt der Fall ist — die Kaufkraft sehr breiter Bevölkerungsschichten erlaubt, dann zeigt sich in den Kreisen der vermögenden Käufer eine mehr oder minder starke Zurückhaltung — der sogenannte Streik der Käufer —, die zu einer weiteren Verschärfung der Lage, eventuell zu einer ausgeprägten Krise führt, falls es nicht gelingt, neue Absatzgebiete zu gewinnen und dadurch eine Belebung des Geschäftes zu erzielen. Es ist ganz sicher, daß z. B. in den letzten Monaten überall die Erwartung einer Einbeziehung des osteuropäischen Marktes in den Absatzkreis

Der Weltwirtschaft die Spekulation zu wachstümlichen Engagements veranlaßt hat und der Kampf Volens gegen die Sowjetrepublik, der im Auftrage und mit Hilfe des Großkapitals der ganzen Welt erfolgt, dient vor allem der Erschließung dieses ungeheuren Absatzgebietes, dessen Konsum die gegenwärtige Krise beseitigen und zu einer neuen spekultativen Erhebung führen könnte.

Die deutsche Produktion der letzten Monate war zum großen Teile auf den Export eingestellt. Die Kaufkraft in Deutschland war seit Anfang 1920 so weit hinter den Preisforderungen zurückgeblieben, daß nur der Konsum der Haushalte oder der über gute Einkommen verfügenden kleinen Schicht merkbar in Erscheinung trat, während das Proletariat, trotz seines großen Bedarfes immer weniger als Käufer auftreten konnte. Es war dies z. B. ganz deutlich daraus zu ersehen, daß fast alle Industrien hauptsächlich die teuersten Luxusartikel herstellten, weil die Kundschafft die besten Qualitäten suchte, während die preiswerteren Waren viel schwerer zu verkaufen waren.

Die Verringerung des Wertes der Mark mußte natürlich zu einer Erhöhung der Auslandsverkäufe führen. Die Mark war Ende Januar/Anfang Februar 4-5 Pfennige, Ende Mai fast 15 Pfennige wert und dadurch trat eine Verschärfung der Situation gegenüber den fremden Käufern ein. Es gab eine große Anzahl ausländischer Besteller, die bedeutende Aufträge in Deutschland in Markwährung erteilten und sich den Gegenwert nicht rechtzeitig beschaffen hatten, weil sie mit einer weiteren Senkung der Valuta rechnen, und diesen spekulativen Extrac Gewinn sich sichern wollten. Jetzt stellte sich die bestellte Ware plötzlich um mehrere hundert Prozent teurer, als sie ursprünglich kalkulierten, und das gab vielen Käufern den Anlaß zu einer Annulierung ihrer Aufträge, denen die deutschen Lieferanten, soweit sie nicht durch bedeutende Anzahlungen gesichert waren, machtlos gegenüberstehen.

Andererseits ergab sich auch für deutsche Lieferanten eine schwierige Situation, soweit sie in ausländischer Valuta auf spätere Termine verkauft hatten. In Mark umgerechnet ergeben sich jetzt bei diesen Verkäufen, die erst sehr hohe Profite verbrachten, oft beträchtliche Verluste, und so kommt es, daß auch ein Teil unserer Exporteure geneigt ist, die eingegangenen Lieferungsverpflichtungen zu brechen.

Die hauptsächlichste Schwierigkeit zeigt sich aber darin, daß bei diesem Stande der Mark eine erschwerte Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande besteht. Dies ist besonders in einzelnen Zweigen der herabdrückenden Industrie der Fall und hängt mit den maßlosen Verteuerungen der Rohprodukte, Kohlsfabrikate usw. zusammen. Hier zeigt sich nunmehr die immer wieder gekennzeichnete Gefahr der Verteuerungen, Kohle, Eisen, Kali, Zementpreise usw. den Weltmarktpreisierungen anzuhängen.

In einem Lande, dessen Währung zusammengebrochen ist, und das unter den ständigen Schwankungen des Geldwertes leidet, gibt es für eine ihrer Verantwortung bewusste wirtschaftspolitische Leitung keine wichtigere Aufgabe, als die einer weitgehenden Beschränkung der inländischen Preisentwicklung durch planmäßige Bindungen und Organisation der Aus- und Einfuhr. Die Politik des „Innere aller“, der die deutsche Koalitionsregierung gehuldigt hat, mußte zu einer spekulativen Steigerung aller Preise, zu einer forcierten Ausfuhr und zu einer Durchbrechung aller gemeinwirtschaftlichen Tendenzen führen.

Die Krise, die wir jetzt anlässlich der Besserung der Valuta durchleben, die zur Einschränkung der Gütererzeugung und zur Arbeitslosigkeit führt, den Mangel an Gebrauchsgüterständen also weiter steigert, wird vielleicht in kurzer Zeit durch eine neue Welle der Hochkonjunktur abgelöst. Wenn eine Ermattung der Marktbewertung zu spekulativem Antriebe wird und der Lomel erneut einsetzt, aber ebenso sicher muß eine Krise wieder ausgelöst werden, sobald die valutatorische Entwicklung sich von neuem günstiger gestaltet und diese dauernde Senkung und Steigerung führt neuen Unruhezustand herbei, der die Produktion ununterbrochen gefährdet.

Kultur und weißer Terror.

Von Sigmund Kunst (Wien).

Dr. Maxus Kanyeres ist Professor der forensischen Medizin und Dekan der medizinischen Fakultät an der Budapestener Universität. Seit mehreren Jahren arbeiten in seinem Institut drei seiner Vordienstgenossen, die vor einigen Wochen zum Doktor Hohen promoviert worden waren. Als sie zur Promotion erschienen sind, wurden sie von den Offizieren der Brachialgewalt der Universität aufgehalten und der Eintritt ihnen verweigert. Als der Dekan Kanyeres Nachricht davon erhielt, erschien er in vollem Ornat bei den Offizieren und forderte, daß die Doktorandabiten eingelassen werden sollen. Er wurde abgewiesen und es wurde dem Dekan erklärt, daß die Offiziere der Brachialgewalt darüber zu entscheiden haben, wer in das Gebäude der Universität zugelassen wird und sie haben es beschlossen und haben außerdem Befehl, Juden, Kommunisten, Sozialisten und antinational gesinnten Hören den Zutritt zu verwehren. Es entwickelte sich ein Wortwechsel, dann ein Handgemenge, der Dekan vertrieb die fremden Besucher — aber in Ungarn gibt es keinen weißen Terror.

Die Universität von Budapest hatte in manchen Jahren 12 000 Hörer, aber nie weniger als 8000. In diesem Semester sind auf der Budapestener Universität nicht einmal 2000 Hörer inskribiert, deren mehr als dreiviertel Offiziere sind. Es wurde ein Rekrutierungskomitee eingesetzt, bestehend aus fünf Offizieren, ohne deren Empfehlung niemand inskribiert werden kann. Es ist eine Schande und Schande, daß sich der ganze Professorenkörper dem Diktat dieser Terroristen fügt und so in den Befehlen und Verordnungen verbürgte Rechte der studierenden Jugend dieser Offiziermaffia preisgibt. Aber die begnügen sich nicht damit, daß sie die politische Verbündeten von der Budapestener Universität vertreiben. Sie wollen es verhindern, daß sie überhaupt weiterstudieren können. Die Bedingung der Aufnahme auf einer ausländischen Universität ist ein Abgangzeugnis. Nun haben die Offizierterroristen eine Kommission in der Universitätskanzlei eingesetzt, die darüber zu wachen hat, daß den „Nichtgerichtsfertigen“ kein Abgangzeugnis ausgestellt werde.

Baron Alexander Koranyi ist wohl der bedeutendste Arzt und medizinische Forscher Ungarns, der Korand der Klinik für

Am den Steuerabzug.

Steuerabzug in Rheinland-Westfalen.

T. U. Bochum, 24. Juni.

Der bevorstehende Abzug vom Arbeitsverdienst hat auch in den festigen Arbeitereisen große Beunruhigung verursacht. Wie gemeldet wird, ist auf den großen Werken ein von Tag zu Tag wachsender Widerstand gegen die beherrschenden Magnaten festzustellen. Wie der Korrespondent der „Telegraphen-Union“ meldet, beweist sich die Agitation in der Richtung, daß, wenn das Abzugverfahren wirklich durchgeführt werden sollte, ein vier- und zwanzigstündiger Generalstreik einsetzen wird, um die Befestigung der neuen Methode zu erzwingen. Die Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß es bei der bisherigen Steuererhebungsmethode bleiben müsse.

Kein Steuerabzug in Oberschlesien.

T. U. Breslau, 24. Juni.

Auf Anordnung der Interalliierten Kommission in Oppeln unterbleibt die Einführung der Einkommensteuer durch Abzug von 10 Prozent des Arbeitslohnes für das besetzte ober-schlesische Gebiet. Die Interalliierte Kommission hat sich wegen Unmöglichkeit der Verwirklichung des gegenwärtigen Steuerabzuges bereits mit dem Deutschen Reich in Verbindung gesetzt. Außerdem ist die Forderung aufgestellt worden, den Arbeitern die Befragungsmittel zukommen zu lassen.

Der Bund der Landwirte gegen den Steuerabzug.

T. U. Berlin, 24. Juni.

Der Bund der Landwirte hat an den Reichsminister eine Eingabe gerichtet, in der er sich gegen den Steuerabzug in der Landwirtschaft wendet und erklärt, der Abzug sei in der Landwirtschaft technisch ohne große Ungerechtigkeiten nicht durchführbar. Der Bund der Landwirte rät deshalb das Gesuch an die Reichsregierung, die Ausführung dieser Bestimmungen bis zu ihrer Abänderung und Aufhebung zurückzuführen.

Die Militärjustiz muß verschwinden!

Die Unabhängige Fraktion des Reichstages verlangt in einem Antrag die sofortige Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Die Regierung ist verpflichtet, diesen Antrag mit allen Mitteln zu unterstützen, denn die Militärgerichtsbarkeit ist nach der Verfassung tatsächlich abgeschafft. Als sie aber durch andauernde Schläge und Anfechtungen, wobei er von seinen Parteigenossen unterstützt wurde, es immer wieder zu verhindern gewußt, daß die gesetzlichen Ausführungsbestimmungen in der Rationalversammlung zur Beratung kamen. fünf Minuten vor dem Schluß wollte dann die Rationalversammlung ihre große Unterlassung endlich gutmachen. Das Vorhaben scheiterte an der Sabotage der Reichsparteien, die Militärjustiz befehl also weiter, und zwar als schlimmstes Ausnahmengesetz. Tritt die neue Regierung, ganz gleich wie sie zusammengesetzt sein mag, nunmehr nicht scharfstens für Beseitigung dieses militärrechtlichen Schandflecks ein, dann macht sie sich eines großen Verfassungsverstoßes schuldig.

Unsere Aufgabe wird es sein, ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung, das Volk gegen die deutsche Justizschande mobil zu machen. Der Kampf muß auf breiterer Basis organisiert werden. Der Widerstand gegen die Militärjustiz ist grenzenlos. Im „Vorwärts“ fordern Räte Kollwitz und Wally Hepler, daß durch eine Volksabstimmung über die Militärjustiz entschieden werden solle. Das Volk würde dabei zugleich sein Urteil über die Mörder von Bab Thäl sprechen. Auch der Bund Neues Vaterland ruft zu einem Volksentscheid auf. Er hat allen Mitgliedern des Reichstags eine Erklärung geschickt, die lautet:

„Der Bund Neues Vaterland, der Republikanische Führerbund und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer haben anlässlich der Ermordung Hans Baasches einen Aufruf an die ganze Kulturwelt gerichtet, in dem die Gemeinverständlichkeit des deutschen Militarismus gekennzeichnet ist und in dem die Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit gefordert wird. Die Ermordung Hans Baasches und der Freispruch der Marsburger Zeitzeuigen werden uns am den letzten Rest an

innere Krankheiten, dessen wissenschaftlicher Name in der ganzen Welt gekannt ist und dessen in Deutschland erschienenes Werk „Mikroskopische Chemie und Medizin“ in der ganzen medizinischen Welt bekannt sein dürfte. Sein Bruder, ein kanalarbeiter, war Direktor, ist der Finanzminister des kaiserlichen Reiches. Professor Koranyi ist außerdem Präsident der Budapestener salbnischen Gemeinde. Sein Vater war der berühmte Internist Friedrich Koranyi — ein getaufter Jude, der aber keine Söhne, die schon als Christen geboren wurden, religiös erzogen ließ; Professor Koranyi's Sohn wollte sich auf die medizinische Fakultät, deren Vize sein Vater ist, inskribieren lassen; er wurde als Judenverwandter abgewiesen.

Dieser Überwachungsbeschluss der Offizierterroristen erstreckt sich nicht nur auf die Hörer: die Dozenten und Professoren sind ihm auch unterworfen. Alle Dozenten und Professoren, die entweder jüdischer Abstammung oder sozialistischer, radikaler, ja nur demokratischer Gesinnung waren, hat man ohne viel Federlesen ihres Amtes entbunden. Heinrich Raxgall, Professor der neueren Geschichte, Bernhard Alexander, Professor der Philosophie, Oskar Kersch, Kowischer, Josef Schmidt, indopexmanischer Philologe, Rodó Rószeligetky, Astronom und Präsident der internationalen wissenschaftlichen Vereinigung, der gewesene Justizminister und Professor des bürgerlichen Rechtes Wilhelm Bloß — um nur einige Namen zu nennen, alle langjährige Professoren der Budapestener Universität, von denen einige auch außerhalb Ungarns geachtete Namen haben, wurden unter irgendeinem Vorwande und in irgendeiner Form von der Universität verjagt. Denen, die man nicht angreifen wollte oder konnte, wird auf anderer Weise der Unterricht unmöglich gemacht. Die Vorlesungen des Baron Koranyi und des Professors der Augenheilkunde Emil Grosz, eines politischen Vertrauten des Grafen Tisza (1), wurden von dem Ueberewachungsomitee der Brachialgewalt aus dem Studienbuche einfach gestrichen und die Hörer so gezwungen, sich bei den Willkürherrschaften des Reiches, Baron Kely und Karl Moor, zu wissenschaftlichen Küssen, empfehlen zu lassen. Ein anderer Internist, Rudolf Bálint, ist der Cousin des Erzherzogs Josef; man kann ihn also nicht einfach verjagen. Nun werden Offiziere, wachposten aufgestellt und der Eintritt den Hören zu seinen Vorlesungen verweigert. Er begann seine Vorlesungen — vor T. U. Boera, die wahrscheinlich keine Klippen waren.

symptome des Aufstandes aus in dem aus dem Reichsgebiet hinausbringen.

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammentritt die restlose Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die parlamentarischen Organisationen auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung dazu aufgefordert, durch Volksbeschwerden und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.

Die Regierung wird, wenn der unabhängige Antrag im Reichstag zur Beratung kommt, sicher wieder allerlei Schwiezigkeiten vorführen, die Reichsparteien, in deren Interesse es liegt, daß politische Morde, von Offizieren verübt, unbestraft bleiben, werden sich bemühen, den Widerstand durch Kriegengerichte zum staatlichen Feind zu erheben. Deshalb muß das Volk rechtzeitig mobil gemacht werden, damit die Regierung sieht, daß es in dieser Frage kein Zurück mehr gibt.

Fürsorgeaktion für die Arbeitslosen.

In unsere Mitteilung über die Beratungen der Unabhängigen Fraktion des Reichstages hat sich ein bemerkenswerter Deutscher eingeschrieben. Nicht über die Arbeitsfrage wird ein Antrag eingebracht worden, sondern über die „Arbeitslosenfrage“. Dieses Problem gehört gegenwärtig zu den dringendsten politischen Fragen, und die unabhängige Fraktion des Reichstages betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, sofort alle Maßnahmen zu beschließen, die eine Abwendung der Not der Arbeitslosen herbeiführen können.

Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei.

Für die Anerkennung der Sowjet-Regierung.

Amsterdam, 24. Juni.

Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entschließung an, die besagt, die Friedensbedingungen ständen mit den Kriegsziele in Widerspruch. Ferner wird in der Entschließung die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung, die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Russland und das Unterlassen jeglicher Hilfe an die antisowjetischen Mächte gefordert. Des weiteren wird der weiße Schrecken in Ungarn scharf verurteilt und erklärt, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Mitteleuropas für den Frieden und die Ruhe der Welt notwendig sei. Endlich wurde beschlossen, Lord George zu ersuchen, eine Abordnung der Partei zu entsenden, um die oben erwähnten Punkte zu besprechen.

Frau Snowden über Russland.

Amsterdam, 24. Juni.

Der „Times“-Korrespondent in Stockholm hatte eine Unterredung mit Frau Snowden und R. Dost, zwei Mitgliedern der englischen Arbeiterdelegation, die sich nach ihrem Besuche in Russland auf der Rückreise nach England befinden. Frau Snowden erklärte: Ich komme mit der besten Überzeugung zurück, daß wir hier von dem Bolschewismus nicht zu lernen und durch ihn nicht zu gewinnen haben. England ist ein sehr konservatives Land. Der Arbeiter hat dort bessere Ansichten, als er jemals in Russland unter den Bolschewisten erlangen wird.

Auf das kurze Gedächtnis seiner Leser spekuliert wieder einmal der „Vorwärts“. Er schreibt im Anschluß an unsere Notiz über die Warnung vor einem Spindel aus Ostpreußen: In der sozialdemokratischen Presse ist seit langer Zeit vor dem Spindel gewarnt worden, aber die Kommunisten und Unabhängigen waren blind gegen diese Gefahr. Das ist eine vollkommene Verdrückung der Tatsachen. Wir führen gegen die Spindelwirtschaft einen guten Kampf schon seit Jahr und Tag, haben insbesondere die rechtssozialistischen Parteiführer Roste, Heine und Ernst, die diese Spindelwirtschaft im neuen Deutschland einführen, sehr heftig angegriffen, aber dabei war es immer gerade der „Vorwärts“, der sich gegen die Gefahren nicht nur blind zeigte, sondern es auch rundweg abstritt, daß in irgendeiner Form Spindel unterhalten würden. Seine Erkenntnis ist also erst recht jungen Datums.

Die Universität hat nicht ganz 2000 Hörer, die Dozenten sind beschränkt, aber bei einer Gruppenparade marschierte an der Spitze der sogenannten Nationalen Armee die „Unversitätsbrachialgewalt“. Sie besteht aus mehr als 3000 Offizieren, die ein Monatsgehalt von 1200 Kronen beziehen, was einer der materielle Hintergründe des Kulturterrors ist. Sie beherrschen auf diese Weise nicht nur den Universitätsbetrieb, sondern das ganze geistige Leben: sie drängen in die Theater ein und erzwingen die Änderung des Spielplans, die Entlassung von Schauspielern. Sie demoralisieren die Druckereien und Redaktionen der ihnen nicht genehmen Zeitungen, sie erzwingen den Ausschluß von Verdächtigen aus den wissenschaftlichen und literarischen Vereinen, sie „überzeugen“ mit Gummihüpfel und gezogenem Revolver die Redaktionen von der Verantwortlichkeit des von ihnen Schmeißerorganisationen eingerichteten Nachrichtenendienstes — mit einem Worte, sie errichten da eine spezifisch magyarische christliche Kultur, deren Fundament die Unterdrückung jeder freien Geistesfreiheit, deren wissenschaftliches Argument der Annapel, Tösch und Pongranate ist und die das Monopol einer verrotteten und unwissenschaftlichen Offiziershorde auf das ganze geistige und kulturelle Leben einer Nation dauernd besetzen und in Institutionen verankern will. Nur die verächtlichsten, unglücklichsten Elemente des Preußenums, es im ärgstem Sinne des Wortes genommen, befehlen diese Wilden, und daß sich in Ungarn fast niemand gegen sie auflehnt, ist ein Beweis nicht nur der Größe des Terrors, sondern auch der geistigen und kulturellen Haltlosigkeit, die in allen Perioden der magyarischen Revolution und Gegenrevolution eine so betrübende Erscheinung war und ist.

Revolutionäre Gräftegrünungen.

Wie alles in der Natur vom kleinsten Atom im wunderbaren Bau der Materie bis zu den riesigen bestehenden Gimmelskörpern im Dasein einem bestimmten Bewegungsbereich unterliegt, so auch das geistige Werden im Kulturkampf der Menschheit. Wieder wie vor 300 bis 400 Jahren befinden wir uns auf einem Wellenberg revolutionärer, d. h. neuzeitlicher Dinge. Damals wurde das alte Weltbild mit seinem Mittelpunkt der irdischen Welt und dem Gimmelsgewölbe darunter von Kopernikus und Galilei abgebrochen durch das neue mit der Sonne als Mittelpunkt und der darum kreisenden, kugelförmigen Erde. Neue Erdteile wurden entdeckt und die erste Weltumseglung

Leuetung und Lebensmittelunruhen.

Fast gleichzeitig sind in den verschiedensten Gegenden des deutschen Reiches Unruhen ausgebrochen, die sich gegen die unerbittlichen Steigerungen der Lebensmittelpreise richten. Wenn auch durchaus die Möglichkeit gegeben ist, daß an dem gewaltigen Charakter, den die Unruhen in einigen Städten angenommen haben, Elemente die Schuld tragen, die gegenwärtig kurz vor der Konferenz in Spa ein neues bolschewistisches Schreckgespenst an die Wand malen wollen, so zeigt doch die Tatsache, daß die Demonstrationen sofort einen umfassenden Charakter angenommen haben, ganz deutlich, daß die Not der Bevölkerung auf das höchste gestiegen ist. Die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise, der rationierten so wohl wie der im freien Handel erhältlichen, macht es diesen Angehörigen der niederen Schichten unmöglich, mit ihrem Einkommen die zur Ernährung notwendigen Lebensmittel zu kaufen, schafft also eine Stimmung, die gewissenlosen Provokateuren den Anlaß zur Entfesselung von Unruhen gibt.

Es zeigt sich an diesen Ereignissen, wie ungeheuer gefährlich die von dem Reichs Ernährungsministerum getriebene Preispolitik ist, die alle Ansprüche der Agrarier erfüllt, und die besonders in den nächsten Monaten auf neue erhebliche Steigerungen der Lebensmittelpreise verweisen muß. Wie aber auch aus den Nachrichten, besonders aus Wien, hervorgeht, ist es neben der Preispolitik auch der Preisunterstützung der Landwirtschaft, der die Erbitterung der Bevölkerung hervorruft. Bedenkt man, daß die letzten Jahre die Preise nicht zureichen, hatten die Landwirte mit ihren Erzeugnissen zurück, da sie ja wissen, daß die Regierung ihren Anforderungen dadurch gegenübersteht und nicht zulassen will, um sie zur Ablieferung zu zwingen.

Aber nicht nur in West- und Süddeutschland ist die Erregung der Bevölkerung auf das höchste gestiegen, in Berlin ist das gleiche der Fall. Und wenn der Minister Verlin bei dem Ernährungsminister fringende Vorstellungen erhoben hat wegen der unerschwinglichen Höhe und weiteren Steigerungen der Lebensmittelpreise, so hat er nur einen kläglichen Empfinden der Berliner Bevölkerung Ausdruck gegeben.

Die weitere Milderung des Notstandes Berlin aber, daß in den letzten Tagen die sogenannte Indexkommission, die beim Reichs Ernährungsministerium besteht, eine weitere enorme Erhöhung der Getreidepreise befürwortet hat, und daß gleichzeitig die Reichsregierung eine Preisobergrenze für Getreide in Aussicht genommen habe, dürfte die Erregung der Berliner Bevölkerung ungeheuer steigern. Es ist ein unheilvoller Zustand, daß über eine so wichtige Maßnahme, die die Lebenslage von Millionen Menschen auf schmerzliche gefährdet, hinter geschlossenen Türen verhandelt wird, und daß die Öffentlichkeit nur durch Zufall mit ihr bekannt wird, ehe sie in die Öffentlichkeit gelangt hat. Wären sich etwa die Herren im Reichs Ernährungsministerium ein, daß die Bevölkerung diese Provokation ruhig hinnehmen wird, so hätten sie sich gewaltig irtum.

Wir erheben aber auch auf schärfste Einspruch dagegen, daß die württembergische Regierung entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung über den Belagerungszustand verhängt hat. Einen „Belagerungszustand“ gibt es im deutschen Reich nicht mehr, und der „Belagerungszustand“ kann nur vom Reichspräsidenten verhängt werden. Es ist also eine freche Gesetzesübertretung, die die württembergische Regierung lediglich im Interesse der Provinz vorgenommen hat. Der Antrag der Unabhängigen Fraktion des Reichstages, den Belagerungszustand in allen Gebieten des deutschen Reiches, wo er noch besteht, aufzuheben, dürfte Veranlassung geben, dieses Verhalten der württembergischen Regierung auf schärfste zu beanstanden.

Im übrigen zeigen die Nachrichten über die zahlreichen Tote und Verwundeten auf Seiten der Bevölkerung, daß die herrschenden Gewalten gegen den Hunger der Bevölkerung auch jetzt kein anderes Mittel kennen, als blinde Verhinderung gegen die wührenden Landwirte, die die Ablieferung ihrer Erzeugnisse verweigern und sie in den Scheichhandel bringen, mit

der nötigen Schärfe vorzugehen, greift die Behörde gegen die Bevölkerung ein, die der Hunger zur Konterung ihrer Wünsche vorantreibt.

Die Marburger Mordbuben.

Die Nationalisten segnen die Bluttat.

Das Urteil gegen die Marburger Studenten, die 15 unschuldige Arbeiter ermordet haben und von dem Gericht ihrer Kameraden freigesprochen wurden, hat in der bürgerlichen Presse, soweit sie sich noch ein Fünkchen Objektivität bewahrt hat, allgemeine Ablehnung gefunden. Die Stimmorgane hingegen und die Blätter der Militärpartei begrüßen das Urteil. Der immer noch existierende extremste „Reichsbote“, das Blatt der Pastoren, ist sogar empört darüber, daß die Studenten überhaupt „den Unannehmlichkeiten“ des Prozesses ausgesetzt werden konnten. Der Freispruch, der verurteilten Studenten die Mordtat genügt, also dem frommen Organ noch nicht, vielleicht sollten sie nach vollbrachter Mordtat im Triumphzug durch Deutschland geführt und in den Genuß einer staatlichen Rente gesetzt werden. Die Reichspressen beweist mit ihren jubelnden Zustimmungserklärungen im ganzen nur, daß bei ihr jedes Gerechtigkeitsgefühl abgestorben ist. Sie läßt sich mit den Mordern solidarisch verbinden; das Recht ist für sie zu einer Reihe der bestehenden Klassen geworden, und die Richter betrachtet sie als die Hüter dieser Klassen. Eine überaus lehrreiche Werteprobe eröffnet sich bei dieser Betrachtung für die Arbeiterklasse. Nennen jene Kreise, die sich national nennen, wieder zur Kleinrenten in Deutschland, dann würde das, was gegenwärtig in Ungarn geschieht, weil in den Schichten gestellt werden. Und darum muß sich der Kampf der Arbeiterklasse nicht nur allein gegen das Schandurteil richten, sondern es müssen in erster Linie auch jene Kreise gekennzeichnet, ihre Machtpositionen erkämpft werden, die den gemeinen Mord an politischen Gegnern zum staatlichen Privileg erheben wollen.

Aus unseren bisherigen Veröffentlichungen ging schon zur Genüge hervor, daß in Marburg keine Prozedurhandlung, sondern eine nichtswürdige Komödie aufgeführt wurde, allein das Verfahren gegen die Mörder wies folgende schwere Mängel auf:

1. Die Angeklagten befanden sich während in Freiheit und verkehrten mit den Entlassungszeugen. Die Aussagen stimmten dabei auffallend überein.

2. Die Zeugen aus den Reihen der überflüssigen Bevölkerung, die sämtlich schwer belästigt waren, wurden sämtlich als nicht zuverlässig hingestellt.

3. Aussagen, die schwer bestechliche Aussagen machen konnten, sind gar nicht herangezogen worden.

4. Der Sachverständige Chemikerfabrikant Schreder ist auf Ersuchen des Verteidigers beangezogen worden. Er gab ein Gutachten ab, das mit dem meiste zum Freispruch bezeugten hat.

5. Die Auflage lautete auf Totschlag, was nach dem vorhandenen Material gar nicht bewiesen werden konnte. Die Auflage auf Mord ist noch schwerer Beweismoment gar nicht erhoben worden.

Weiter stellen wir noch fest: Der Vorsitzende berechnete künstliche Entlastungszeugen, darunter einige, die der Militärpartei verdächtig waren, vor der Aussage. Er stellte an die Entlastungszeugen Zusagefragen und beeinflusste dadurch ihre Angaben. Wenn von Entlastungszeugen Aussagen gegen die Mörder gemacht wurden, legten sich die Angeklagten auf den Boden. Die Aussagen, bei ihrer Aussage beharrten, werden vom Vorsitzenden angefahren: „Sie hören doch, daß Sie sich irtum müssen.“ Ein Reue befahl das stenographische Protokoll der Aktenbeurkundung, in der Kapitän Selchow lautet: „Es muß der Schein des Rechts gewahrt werden. Möge wie Diebstahl und Lüge dürfen nicht wieder

dränge den praktischen Beweis der Angeltigkeit. Jahrzehnte dauerte es, bis die Menschen diesen neuen Begriff, daß es Menschen auf der Erde gibt, die Nullipoden, die unten sehen, was wie als oben betrachtet, begriffen.

Die Reformen mit ihren kommunistischen Begleiterscheinungen brachte eine Befreiung von der alten Macht und Herrschaft der Kirche. Die schärfste Reaktion genannte kaiserliche Erhebung mit ihren neuen Wegen kirchlicher Erhaltung brachte dem Menschen vom Wir der weltlichen Mächte. Die eigentliche Revolution brach mit der unbedingtesten Herrschaft des Königs und setzte an die oberste Stelle das Parlament.

So damals. Heute haben wir gewaltigere revolutionäre Dinge von Weltformal. Politische Weltrevolution, nicht mit dem Maschinenzeitalter, wohl aber in der Ausbilde der Welt der alten formalen Sinnwelt mit dem neuen Begriff der sozialen Demokratie auf Grund des Materialismus, des logisch allein vorstellbaren Weges einer durchgreifenden Wöschung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Im physischen Weltbild die ungeheure Umwälzung durch Einheitsrelativitätstheorie (M.R.). Die Zeit ist nicht mehr absolut, ist abgelöst durch die neue Vorstellung der Raumzeit. Die mysteriöse Kraft des Raumes hat seine Erklärung gefunden und am Horizont taucht das technische Problem auf, mit 1 kg. Kohle durch Kommerzialisierung Millionenfache an Arbeit zu gewinnen gegenüber der Verbrennung.

Als 2. revolutionäre Kraft tritt die neue kaiserliche Erhebung der K. u. K. an, als 4. die Schaffung eines neuen Weltbildes. Die alte Naturauffassung darwinistischer Lehren mit dem Selbsthaltungstrieb der Mächtigkeit und Verantwortlich im Mittelpunkt wird abgelöst durch die neuen Einsichten eines kaiserlichen Gemeinheitswesens, der alles umfassende und dessen Gestaltung bei Mensch und Tier durch das Künftigen der sozialen Instanz bewirkt wird.

Sozialistische Ethik, natürlicher Gemeinheitsethik an Stelle der christlichen und buddhistischen individuellen Erziehung ist das revolutionäre ethische Problem der Gegenwart.

In einer „Vereinigung für sozialistische Ethik“ wird man sich besonders mit dieser Richtung der revolutionären Gedanken befassen. Genosse Krüger, Berlin-Charlottenburg, befaßt sich dort auch besonders mit der Behandlung sozialistischer Probleme im Sinne einer sozialistischen Ethik als Gemeinheitsethik und Gemeinheitsethik. An Adolf Hoffmanns Berlin

drängt von ihm eine empfehlenswerte Schrift „Wem werden den Leben“, wie es Kindern und Jugendlichen zu erklären ist. Die Probleme der geschlechtlichen Auffklärung und Verantwortung finden hier eine pädagogisch offenergeigte und naturwissenschaftliche sachgemäße Darstellung, deren Nutzen man vom ethischen Standpunkt aus voraussetzen darf.

Im Prozeß Robert gegen die Wührgenossenschaft wurde nach mehrwöchiger Verhandlung vom Gericht dahin entschieden, daß der Wührgenossenschaft aus den angelegten Beschuldigungen Roberts als Direktor des Theaters „Die Tribüne“ nicht das Recht zustehe, ihn auf die schwarze Liste der Warnungstafel der Genossenschaft zu setzen. Da der Hauptbelastungszeuge angefallen und mangelnder Widerspruch in der teilweise sehr erregten Verhandlung auftrat, wird die Berufungserregung Gelegenheit zu endgültiger Klärung der Angelegenheit bieten. Es handelt sich nicht nur um persönlichen Wührgenossenschaft, sondern auch um soziale Fragen des Theaters und seiner Angehörigen.

Die Internationale, eine Tragödie von Emil Galsbury aus dem Arbeiterleben, gegen den Weltkrieg, für den Weltfrieden, die am Sonntag, den 27. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Wallhallische Theater erstmalig in Szene geht, ist jetzt als Buchausgabe im Verlag der „Freiheit“ erschienen.

Der „Schwammkopf“, ein altes, deutsches Volksbuch aus der Zeit des Simplicissimus, ist jetzt der Jugend zugänglich gemacht worden. Dieses lustige abenteuerliche Buch, das an ersten Stellen schon wenig arm ist wie der Don Quixote, Robinson, Till-Eulenspiegel und Hanswurst, ist auch unter den Umständen dieses Buches das Buch der Schätze, die in diesem neuen Buche das Buch der Schätze und Scholmen Schwammkopf, aus Licht und unter Auswertung der übermühten Bedenken erweist den weisheitlichen Schatz der Studenten Christian Heuser, der das Schwanenbuch um 1700 schrieb, zu neuem Leben. Die farbigen Bilder von Elisabeth Hallen treffen den Ton des lustigen Geistes aus Schwammkopf.

vorkommen.“ Der Vorsitzende lehnte die Ladung dieser Personen ab. Professor Ermeling hat Briefe erhalten in denen er gebeten wird, für die Angeklagten im Prozeß gütlich auszusagen, da es ja darauf ankomme, gegen die Arbeiterhaft zusammenzugehen.“ Aber der Reue darf sich darüber nicht äußern, ein sach, weil es nach Meinung des Vorsitzenden „nicht zu Sache gehört“.

Diese wenigen Tatsachen mögen genügen. Sie beweisen, daß die Kameradenjustiz der Militärkamarilla in Marburg sich in ihrer häßlichsten Grabe offenbart hat. Ein fünfacher Mord ist geschehen. Das Verbrechen wurde vertuscht, die Mörder durch eine sogenannte Justiz beschützt, weil ihre blutige Tat den Interessen der Gegenrevolution entsprach. Wegen diese Schande muß die Arbeiterhaft auf breiter Front zum Protest antreten. Und sie darf in ihrem Kampfe nicht eher erlahmen, als bis die Militärjustiz beseitigt und der deutsche Militarismus, das schimpfliche Gebild der Welt, aus seinen letzten Schlupfwinkeln vertrieben ist.

Gewerkschaftliches.

Eine Fälschung im „Korrespondenzblatt“.

In der Nummer 25 des „Korrespondenzblattes“ schreibt die Redaktion unter „Schneider“: „Einsfüßiger kann sich die Gewerkschaftsgerührende Arbeit dieser Opposition kaum dokumentieren als in solchen Kundgebungen.“ Die in unserer Mitgliederversammlung am 1. Juni d. J. angenommene Resolution wird demüthigter Absicht halber falsch dargestellt. Was forderten wir?

1. den unbedingten Rücktritt der neugewählten Hauptvorstandsmitglieder,
2. Wahlprüfung über die Wahl des Hauptvorstandes, sowie der Überlegung nach Hamburg,
3. jede Verbindung mit diesem Hauptvorstande über das Statut hinaus ist solange zu unterlassen, bis die Verhältnisse geklärt sind,
4. die Ortsverwaltung wird beauftragt, ein Mittelungsblatt zu schaffen und die Redaktion dem Kollegen Sabath anzubieten.

Was macht daraus das Korrespondenzblatt? Es fälscht dem Punkt 3. indem es die Worte „über das Statut hinaus“ seinen Lesern vorkommt. Auf diese Fälschung berufen dann die vom uns angelegenen Schlußsätze. Wir bemerken, daß wir dieser Gesellschaft nicht den Vorwand geben würden, uns aus der Organisation auszuschließen. Die Punkte 1-4 unserer Resolution sind, wenn sie mit den im „Korrespondenzblatt“ durchwegs weggelassenen Worten im 4. Punkte gelesen werden, durchaus nicht organisationsgerührend. Wir werden unsere Tätigkeit auch nicht durch einen Mann verbleiben lassen, der im Jahre 1918 in seinen Kreisen im Korrespondenzblatt sich als einen der schärfsten Kriegsverweigerer bekannt hat.

Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Vereins, J. A. E. Schumacher.

Angestellte der Metallindustrie.

Die Unternehmer haben in den Tarifverhandlungen und zuletzt auch in dem Schreiben, mit dem sie den finanziellen Teil des Schlichterbeschlusses ablehnten, behauptet, die allgemeine Geschäftslage in den Betrieben zwingt sie zu den getroffenen Maßnahmen. Wie sind über die Situation in den hauptsächlichsten Betrieben orientiert, möchten aber einmal grundlegend den Verhandlungen der Unternehmer entgegenstehen können. Deshalb ist es notwendig, daß die der uns angelegenen Mitglieder der Betriebsvereinigungen möglichst schriftlich, am besten durch Notpost, folgende Fragen der unzureichenden Geschäftslage beantwortet werden: 1. Ist der Betrieb voll beschäftigt? 2. Sind Einstellungen von Arbeitern und Angestellten in letzter Zeit erfolgt? Freitag, den 25. d. M., vormittags 8 Uhr, findet in Hannover ein Treffen der Metallarbeiter, eine Versammlung aller Betriebsvereine, Angestelltenvereine, Betriebsräte sowie der Ortsvereine der Metallarbeiter. Die Beschlüsse der Betriebsvereinigungen, die funktionäre der Metallvereine sind, Betriebsvereinigungen, die die oben gestellten drei Fragen nicht rechtzeitig durch die Post der Geschäftsstelle übermitteln können, können sie am Freitag, den 25. d. M., vormittags, in der Versammlung am Glockenblüch abgeben. Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Betrieb der Metallindustrie in Hannover rechtzeitig berichtet ist.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortsrat der Metallarbeiter, Berlin.

Charlottenburg. Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission behandelte in ihrer am 21. Juni stattgefundenen Vollversammlung die Organisationsfrage der Metallarbeiter, über welche der Obmann Genosse Flemming eingehend referierte. In der Diskussion wurde von dem Genossen Fränkel, Herson, Wallentin und Rippel auf die unliebsamen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterhaft eingegangen, die hindernd die Zusammenfassung der Betriebsräte beeinträchtigen. Ein Bericht des Genossen Behrendt über die letzte Sitzung des Anwaltsbüros für Arbeitsbeschäftigung und Hinterbliebenenfürsorge rief eine längere Debatte hervor. In dieser Sitzung wurden von den Vertretern des Internationalen Bundes für Arbeitsbeschäftigung usw. Entwürfe an die Kommune gestellt, die er nicht befürworten konnte, weil sie zu weitgehend waren. Daher habe er sich die Freundlichkeit der Vertreter des Bundes zugesprochen. Von den Genossen Dehriß und Starck wird auf die schlechte Finanzlage der städtischen Verwaltung hingewiesen, und es sei eine notwendige Pflicht des Reiches und Staates, sich für die Kriegspolter mehr im Zeug zu legen. Die Versammlung war mit der Teilnahme des Genossen Behrendt einverstanden und erteilte ihm ein Verwunderndes. Genosse Flemming besprach nunmehr die Veränderung des Gesetzes betreffend die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Er behauptete, daß man den Frauen nur das stille und nicht auch das passive Wahlrecht geben habe. Wenn die Frauen sehr tätig seien, an der Beschäftigung mitzuarbeiten, wieviel mehr müßte man sie auch konsequenterweise an der Beschäftigung im Werke teilnehmen lassen. — Einmütig wurde die Forderung eines allgemeinen geschlechtlichen schrittweisen Progressionsgesetzes für die Hausangestellten angenommen, für die überall die Progression eingeführt werden soll. Zum Schluß wurde noch der Entwurf der Schlichtungsordnung von Genossen Flemming einer Kritik unterzogen. Eine Protokollresolution wurde einstimmig angenommen. — Am Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im Volkshaus (vorn Partierre) eine Sitzung statt, in welcher die Verhandlung der Fälle des Volkshauses für Verhandlungen in der Herbst- und Winterferien vorgenommen werden soll. Die Gewerkschaften und Vereine, die auf die Abhaltung eines Reiches reflektieren, werden hiermit gebeten, diese Sitzung zu besuchen.

Zähne 4 J. 7 Mk. mit Friedenskautschuk 5 Jahre schritt. Garantie. Zahnziehen mit 20 Mk. an Best. Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.

Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxusproben. Zahn-Praxis Natwani, Danziger Straße 1.

Der Mantelträger für die Sportler... Die beiden wegfahrenden wurden mit Obsequen und... Arbeiter-Turn- und Sportfest im Stadion.

Groß-Berlin.

Stützen der Sicherheit.

Unter der Sicherheitswehr befinden sich Elemente, die je länger je mehr zu einer öffentlichen Gefahr werden. Eine... Ein anderer Fall wird aus Tegel berichtet. Dort wurden...

Die beiden wegfahrenden wurden mit Obsequen und... Arbeiter-Turn- und Sportfest im Stadion.

Arbeiter-Turn- und Sportfest im Stadion.

Am kommenden Sonntag, den 27. Juni, feiert der Kreis I des Arbeiter-Turn- und Sportbundes die Arbeiter-Turn- und Sportfest im Stadion.

Das vorliegende Heft enthält mit einer weit größeren Veranstaltung zu rechnen, wie 1919. Die 900 Einzeldarsteller sind...

Alles in allem, wie immer bei den Turnern, großzügig angelegt, dürfte jedem, der Sinn für Leibesübungen besitzt, ein genussreicher Tag geboten werden.

Am Sonntag belagert sich nun der Sturmtrupp dieses Auktendepots, die Arbeiterturner, im Stadion. Bei der allgemeinen Sympathie...

Die Sonnenwendfeier des Arbeiterverbandes „Naturfreunde“ findet wie alljährlich am Sonnabend, den 26. Juni in Tornow...

Der Baukreis um das Reichstagsgebäude. Mit dem Zusammenbau des neuen Reichstages gewinnt das Gesetz über die Befristung...

Der Mantelträger für die Sportler... Die beiden wegfahrenden wurden mit Obsequen und...

Beim Aussteigen auf einen schwebenden Eisenbahnzug... Eine mutige Tat vollbrachte am Montag nachmittags ein junger Mann...

Ein Kindermord beschäftigt die Kriminalpolizei. Im Treppentower Park fand eine Arbeiterin die Leiche eines neugeborenen Knaben...

Die Sternsteinhöfe. Den Genossen und Genossinnen, die trotz der anstrengenden Wälder...

Der Sternsteinhof. Den Genossen und Genossinnen, die trotz der anstrengenden Wälder...

Vorausichtiges Wetter für morgen für Groß-Berlin und Umgebung: Blasslich kühl, zeitweise heiler...

Aus den Organisationen.

- 1. Bezirk, Agitationskommission. Freitag, den 25. Juni, 7 Uhr, Sitzung bei Lang, Eisenstr. Ecke Schleiermacherstraße. 10. Bezirk, 2. Abteilung, Frauenleseabend...

Bereinskalender.

- Sitzung Mitglieder der Verwaltung des Reichsbanner-Jugendbundes. Die außerordentliche Sitzung der eigenen Verwaltung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr statt...

Klassenjustiz

Von Fritz Schneider - Preis 1.50 Mark enthält wichtiges Material für Referenten Organisationen erhalten Rabatt! Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2 Breite Straße 8-9.

18. Distrikt. Am 21. Juni starb der Onkel Franz Ranglank... Deutscher Banarbohrerband... Karl Krauer...

Spiralbohrer Schmirreleinen... Botenfrau verlangt Gerhard, Karlshorst, Augusta-Viktoria-Str. 55, III. Botenfrauen stellt ein G. Komnick Bergstr. 7 Mariendorf

Abstimmung in Ostpreußen. Abstimmungsberechtigte, die in der Zeit vom 30. 6. bis 8. 7. mit dem Sonderzuge nach Ostpreußen...

Partei-Sekretär für Elberfeld gesucht. Derselbe muß über gute organisatorische und rednerische Fähigkeiten verfügen...

KLEINE ANZEIGEN. Das Uberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengensuche: Uberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe. Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13. Gardinen mit Querbehang...

Selbstgefertigte bessere Anzüge, auch Maß, sportbillig, Russ, Wilhelmstr. 49a, Kochstraßenecke.

Vornehme Jacketts, Smoking, Frackanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Hosensachen...

Mehrere Jacketanzüge, Ostpreußenzüge, Cutawayanzug, Smokinganzug, Jünglingsanzüge...

Tafelklavier. 650, verkauft Reichold, Charlottenburg, Galvanstr. 6.

Möbel. Chaiselonnues, 200,00 bis 500,00, Patentmatratzen, Aufzugesmatratzen...

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 450 M. ab...

Jetzt! Gediegen Wohnzimmern mit Wollen nur 1837 2533, 3280 Mark...

Chaiselonnues, 200,00 bis 500,00, Patentmatratzen, Aufzugesmatratzen...

Chaiselonnues, 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmern...

Selten billig! Schlafzimmern, helles, aufbaum, 130-160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmern, Speisezimmer...

Schellack, Paraffin, Firnis, Leim, Materialen, auch klein Posten...

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Bleiweiß, Terpentin...

Arm epistolen Kunst in höchster Preisen Kleinsten, L. Eisenstraße 20.

Spiralbohrer, Schmirreleinen, Kuchelager kauft Sommer, Müllerstr. 154.

Rechtsanwalt (früher), 30Jähr. Rechtspraxis, Blumenstraße 74, kostenlose Rechtszusätze...

Beleuchtung, modernste Elektrisch, Gas, auch Zahlungsrichtiger, Peis & Co. Potsdamer Str. 26 I. Hochbahn Bldwstr.

Fahrräder. Fahrradummi billiger! Kissenposten, Schlaue, Weinmeister-Straße Vier.

Unterricht. Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsenen abends orientiert Sprachlehrer, Postsparkasse 497 Briefpostamt C2.

Für Techniker! Monatliche Winterkurs in Mathematik, Liebowitz, Charlottenburg, Schillerstraße 59 Wilhelm 2008, Sprechstunden täglich zwischen 2-4.

Russisch unterrichtet. L. 65 Expedition der Freiheit, Schiffbauerdamm 19.

Mietgesuche. Schlafstelle, Osten oder Lichterberg bei Genossen gesucht, Orientiert unter W 56 Expedition der Freiheit, Schiffbauerdamm 19.

Aufstellungen. Parallelen, Lehm-Laube, kleine Anzahlung, Hülson, Steglitz, Teufelsstraße.

Verschiedenes. Kleinarbeiten, Bldwstraße 54.